

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

UNABHÄNGIG | NICHT PARTEIGEBUNDEN

Dienstag, 22. November 2022 | www.braunschweiger-zeitung.de

» Ein Titel der FUNKE Mediengruppe

Nr. 272 | 77. Jahrgang | 2,00 €

Regionale Kliniken: Hilfen des Bundes reichen nicht

Vor allem die Geburts- und Kinderstationen sind vielerorts nicht wirtschaftlich zu betreiben

Katrin Schiebold und Dirk Breyvogel

Braunschweig. Die wirtschaftliche Situation in deutschen Krankenhäusern gibt nach Ansicht von Experten zunehmend Anlass zur Sorge. Vor allem Geburtshilfe und Kinderkliniken sind vielerorts nicht wirtschaftlich zu betreiben. Zwar stellte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) für diese Abteilungen Hilfen von rund 800 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre in Aussicht, die reichen nach Ansicht von Vertretern regionaler Kliniken bei Weitem nicht aus. Auch die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft sieht das so.

Laut Geschäftsführer des Städtischen Klinikums Braunschweig, Dr. Andreas Goepfert, müssten Maximalversorger wie sein Haus bei Finanzierungshilfen deutlich mehr profitieren als andere Einrichtun-

gen. Lauterbach verfähre aktuell jedoch nach dem „Gießkannenprinzip“, von dem er sich den Weg des geringsten politischen Widerstands erhoffe. Sein Haus habe einen vereinbarten Versorgungsauftrag zu erfüllen. „Dieser geht weit über das hinaus, was andere Kliniken leisten müssen.“ Daher sehe er eine Unwucht bei der Finanzierungsankündigung des Bundes, so Goepfert im Interview mit unserer Zeitung. Goepfert forderte zudem, Kliniken stärker für ihre Daseinsvorsorge zu entlohnen, so wie das für Polizei und Feuerwehr längst gelte.

Axel Burghardt, Geschäftsführer des Städtischen Klinikums Wolfenbüttel, fürchtet, dass die gesamte Krankenhauslandschaft sehenden Auges vor die Wand gefahren wird. „Gewaltige Kostensteigerungen – aufgrund hoher Energiepreise und einer enormen Inflationsrate – stehen einer gut vierprozentigen Erhöhung der Fallpauschalen in 2023 gegenüber.“ Von der seien den Krankenhäusern aber mit einem gerade verabschiedeten Gesetz vorab 400 Millionen Euro entzogen worden. Selbst ein wirtschaftlich gesundes Krankenhaus wie das in Wolfenbüttel plane für das nächste Jahr mit einem Minus in Höhe von 2,6 Millionen Euro.

Lauterbach hat auch eine Reform des Fallpauschalensystems in Aussicht gestellt, das fixe Zahlungen pro Patient vorsieht, die von der Diagnose abhängig sind. Aus Sicht von Kritikern bietet das System Anreize, die Zahl gewinnbringender Operationen zu steigern und eher defizitäre Abteilungen wie die Kindermedizin oder die Geburtshilfe abzubauen. **Thema des Tages**

Braunschweiger des Jahres macht kranke Kinder zu Superhelden



Unsere Leser wählten den Fotografen Hanno Keppel auf den 1. Platz. Christine Arbogast hielt die Laudatio.

Lokalteil

STEFAN LOHMANN/REGIOS24

Fifa verbietet „One Love“-Binde bei WM – Bierhoff spricht von Zensur

Braunschweig. Auch am zweiten Tag der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar stand das sportliche Geschehen im Hintergrund und die politisch-gesellschaftlichen Neuigkeiten im Fokus.

Zunächst untersagte der ausrichtende Weltverband Fifa offenbar auf Druck des Ausrichters Katar das Tragen der Kapitänsbinde, auf der mit dem Schriftzug „One Love“ ein Zeichen gegen Homophobie gesetzt werden sollte. „Es handelt sich

aus meiner Sicht um eine Machtdemonstration der Fifa“, sagte DFB-Präsident Bernd Neuendorf am Montag am Trainingsplatz der deutschen Nationalmannschaft im Norden Katars. „Das ist aus unserer Sicht mehr als frustrierend und auch ein beispielloser Vorgang der WM-Geschichte.“ DFB-Geschäftsführer Oliver Bierhoff äußerte, es fühle sich „stark nach Zensur an“.

Die Kapitäne der Nationalmannschaften wie Deutschlands Manuel

Neuer müssen nun eine neutrale Kapitänsbinde tragen. Sonst droht ihnen eine gelbe Karte.

Auch im ersten Spiel des Montags wurde es politisch. Irans Spieler boykottieren vor der Partie gegen England das Mitsingen ihrer Hymne als Symbol des Protests gegen die Herrschenden in ihrer Heimat, die harsch gegen die Demonstrierenden vorgehen. Im Staatsversehen wurde die TV-Übertragung daraufhin unterbrochen. **leha/dpa Sport**

Kommentar

DFB ohne Rückgrat



Leonard Hartmann über Mut und Rückgratlosigkeit

Wer den Unterschied zwischen Mut und Rückgratlosigkeit im Lichte der Weltöffentlichkeit sehen wollte, der musste am Montag nur nach Katar schauen. Mutig waren die Nationalspieler des Iran, die sich mit den Protestierenden ihres Heimatlandes solidarisierten, indem sie die iranische Hymne nicht mitsangen, sondern schwiegen. Ihnen und ihren Angehörigen drohen daher nun Konsequenzen vom repressiven Staatsapparat des Iran. Obwohl das Team mit 2:6 gegen England verlor, gewannen die Spieler an Ansehen. Das war Mut.

Was sich beim Deutschen Fußball-Bund, aber auch anderen europäischen Verbänden abspielte, war hingegen ein peinliches Einknicken gegenüber einem fürchterlichen Fifa-Präsidenten Gianni Infantino und dessen finanzstarken Freunden aus dem WM-Gastgeberland Katar. Die Binde mit der Aufschrift „One Love“ als Zeichen gegen Homophobie sollten die Kapitäne einiger europäischen Teilnehmer während der Spiele tragen.

Das war im Vorfeld der WM auch vom DFB als „Zeichen“ angekündigt worden, nur um dieses dann zurückzuziehen aus Angst vor einer gelben Karte für den Träger der Kapitänsbinde. Aber wer nach der allerersten Androhung von Konsequenzen von seinem „Zeichen“ wieder abbrückt, dem kann dieses nie ernst und wichtig gewesen sein. Das war Rückgratlosigkeit des größten Fußballverbands der Welt.

Die WM in Katar ist zwar gerade erst zwei Tage alt, doch bereits jetzt ist es eines der politischsten Turniere überhaupt. Und wer noch immer glaubt, dass Sport und Politik nichts miteinander zu tun haben, der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Machthaber und Staaten erkaufen sich Sportevents, um ihre Macht auszudehnen und sich Einfluss zu ergaunern. Katar hat das offenbar geschafft, die Fifa ist längst ein Mitstreiter des Emirats. Und der DFB? Hat Angst vor gelben Karten...

Wetter



3° vormittags 5° nachmittags 3° nachts

Leserservice

0800 077 11 88 20

(kostenlose Servicenummer)

Wirtschaft



Wir müssen Strukturen vorhalten, die kosten uns Geld, ganz egal, ob sie genutzt werden oder nicht.

Dr. Andreas Goepfert, Geschäftsführer des Städtischen Klinikums Braunschweig

„Digitales Rathaus“: Serviceportal ist online

Braunschweig. Mit einem neuen Serviceportal will die Braunschweiger Stadtverwaltung den Weg zum „digitalen Rathaus“ beschreiten. Ab sofort können rund 40 häufig nachgefragte Dienstleistungen vollständig digital über das Portal abgewickelt werden, inklusive Bezahlvorgang – ohne Weg ins Amt. Dazu gehören zum Beispiel die Ausstellung einer Geburtsurkunde und eines Führungszeugnisses. Weitere 50 Leistungen sind laut der Stadt bereits teildigitalisiert, so dass die Bürger nötige Formulare, Downloads und Erläuterungen auf dem Serviceportal finden. **red Lokalteil**

„Klage wegen Ministerin Hamburg wäre erfolglos“

Ostfalia-Rechtsexperte Huck hält Kritik an Entsendung der Grünenpolitikerin in VW-Aufsichtsrat für nicht tragfähig

Andreas Schweiger

Braunschweig. Eine Klage gegen die Entsendung der Grünen-Politikerin und niedersächsischen Kultusministerin Julia Willie Hamburg in den VW-Aufsichtsrat hat nach Einschätzung des Rechtsexperten Winfried Huck keine Aussicht auf Erfolg. Das sagte Huck, der an der Ostfalia-Hochschule in Wolfenbüttel die Professur für Wirtschaftsrecht mit den Vertiefungsgebieten Internationales Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsrecht der EU inne hat, im Interview mit unserer Zeitung.

Wie berichtet, lässt die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) derzeit eine Klage



Ostfalia-Rechtsprofessor Winfried Huck erkennt keine berechtigten Klagegründe gegen Julia Willie Hamburg. BERNWARD COMES/ARCHIV

gegen die Entsendung Hamburgs in den VW-Aufsichtsrat prüfen. Die Aktionärschützer werfen der Politikerin, die über keine abgeschlos-

se Berufsausbildung verfügt, mangelnde Erfahrung und Kompetenz sowie einen Interessenkonflikt vor. Nach Einschätzung Hucks recht-

fertigen diese Kritikpunkte aber keine Klage. Zudem sei kein Interessenkonflikt zu erkennen. „Das Aktiengesetz gibt für Aufsichtsratsmitglieder keine große Anforderung im Sinne einer Bildungsbiografie vor“, sagte er. Das Regelwerk Deutscher Corporate Governance Kodex empfehle sogar, dass im Aufsichtsrat Expertise zu Nachhaltigkeitsfragen vorhanden sein müsse. Diese Kriterium erfülle Hamburg. Huck: „Unternehmen wie VW mit Mobilität als Kern müssen sich mit den Themen Emissionen und Nachhaltigkeit befassen. Frau Hamburg wird diese Aspekte wegen ihres politischen Profils erörtert haben wollen.“

